

Interessenvermittlung in der EU

Reader

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Die FernUniversität in Hagen dankt allen Rechtsinhabern für die erteilten Abdruckgenehmigungen. Nicht in allen Fällen ist es trotz intensiver Bemühungen gelungen, die Rechtsinhaber bzw. deren Nachfolger zu ermitteln. Diese werden deshalb gebeten, sich mit der FernUniversität in Hagen, in Verbindung zu setzen.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Vorwort

Interessengruppen spielen im politischen Mehrebenensystem der Europäischen Union (EU) seit langem eine wichtige Rolle. Dabei sind sie teils direkt, z.B. im Rahmen von Politiknetzwerken oder korporatistischen Arrangements, in die Produktion von Entscheidungen eingebunden und sind außerdem wichtige Akteure der Implementation europäischer Policies. Viel häufiger allerdings – darin stimmen zahlreiche Forscher der „Interessenvermittlung in der EU“ heute überein – stehen Interessengruppen dem EU-System als Lobby-Gruppen gegenüber und werben in einer Art ‚(neo-) pluralistischem Interessenwettbewerb‘ als Vertreter von bestimmten Einzelinteressen (z.B. der Automobilindustrie oder bestimmter Konzerne) oder Vermittler von Gemeinwohlinteressen (z.B. Umweltschutz) bei den unterschiedlichen Repräsentanten der europäischen Institutionen um Aufmerksamkeit und Unterstützung für ihre Anliegen. War die Interessenvermittlung in der EU stets stärker pluralistisch und weniger (neo-) korporatistisch geprägt als in manchem Mitgliedstaat (z.B. Deutschland), so ist der ‚Wind der Interessenkonkurrenz‘ seit Beginn der 1990er Jahre rauher geworden. Die Zunahme der reinen Anzahl der Lobby-Gruppen, ihre Ausdifferenzierung nach Feldern und Themen und ihre Professionalisierung haben hierzu ebenso beigetragen wie die Veränderung der Orientierungen, mit denen die Vertreter der europäischen Institutionen den Gruppen begegnen. Insbesondere die Kommission, aber auch das Europäische Parlament (EP) haben ihr Verhältnis zu den diversen Lobby-Gruppen seit den 1990er Jahren neu definiert. Die traditionellen Orientierungen an der Idee einer korporatistischen Einbindung sozialpartnerschaftlicher Interessenorganisationen (Gewerkschaften; Arbeitgebervereinigungen) in die (industrie-, arbeits- und sozial-) politische Entscheidungsfindung („Euro-Korporatismus“) und einer konsultativen Beteiligung gebietskörperschaftlicher Interessenvertreter in zahlreiche, ‚das Gemeinwohl‘ betreffende Verfahren der europäischen Rechtsetzung sind seither in den Hintergrund getreten. Demgegenüber hat der Ansatz des gezielten Verteilens (oder Entziehens) von Aufmerksamkeit und der temporären, entscheidungsgebundenen Eröffnung von Einflussgelegenheiten Platz gegriffen. Kommission und EP haben seither Vertreter von Einzelinteressen, zivilgesellschaftliche Organisationen und/oder Nichtregierungsorganisationen und Gebietskörperschaften als ‚Policy-Informanten‘ und Partner im interinstitutionellen Spiel um politische Definitionsmacht und (demokratische) Legitimation entdeckt und umworben; hiervon zeugt z.B. das „Weißbuch Governance“ der EU Kommission aus dem Jahr 2001.

Europäische Interessenvermittlung ist für die einzelnen Gruppen ein unterschiedlich einfaches oder schweres ‚Geschäft‘. Organisationsressourcen und institutionelle Zugangsmöglichkeiten – z.B. über die Expertengruppen der Kommission, Anhörungen in Parlamentsausschüssen, die Komitologie-

Ausschüsse des Rates, den Wirtschafts- und Sozialausschuss oder den Ausschuss der Regionen – waren in diesem Zusammenhang spätestens seit den 1980er Jahren von Bedeutung. Nicht zuletzt angesichts des soeben geschilderten Strategiewechsels haben sich die ‚Opportunitätsstrukturen‘ für Interessengruppen im EU-Mehrebenensystem in den letzten Jahren allerdings erheblich gewandelt. Vor allem wirtschaftlichen Interessenvertretern kam dies zu Gute. Ihr traditionelles Übergewicht unter den ‚Brüsseler Lobbyisten‘ ist weiter angewachsen. Dabei variieren die Zugangswege und Einflusschancen von Interessengruppen allerdings stark von Politikfeld zu Politikfeld. Für die Interessenvertretung in der EU gilt: Policy matters.

Dieser Studienbrief in Form eines Readers trägt aktuelle Beiträge zur ‚Interessenvermittlung in der EU‘ zusammen. Bei der Auswahl der Texte ging es uns darum, die Strukturen der europäischen Interessenvermittlung greifbar zu machen, zentrale Akteure – Adressaten Interessenvertretung und Interessengruppen selbst – mit ihren Strategien und Rollen vorzustellen, dem Lobbying in Politikfeldern auf den Grund zu gehen und wesentliche Konzepte und theoretische Ansätze zum Verständnis der Interessenvermittlung zu präsentieren. Die Textauswahl ist uns dabei nicht leicht gefallen. Das lag zum einen an der großen Materialfülle – die politik- und verwaltungswissenschaftliche Literatur sich in den vergangenen Jahren (wieder) verstärkt mit der Interessenvermittlung in der EU auseinandergesetzt und zahlreiche Beiträge hervorgebracht. Zweitens war die Textauswahl aber auch aus konzeptionellen Gründen nicht ganz leicht – gerade bei der Wahl der Politikfelder, in denen Lobbying stattfindet, ging es darum, thematische Schwerpunkte zu setzen (und damit auch zahlreiche interessante Themen wegzulassen). Und schließlich drittens spielten studienpraktische und didaktische Überlegungen eine wichtige Rolle für die Textzusammenstellung. Da es sich um eine Einführung in das Thema handelt, haben wir bewusst Grundlagenbeiträge, die die Information über den Gegenstand mit der Analyse desselben verbinden, ausgewählt. Auch fiel unsere Wahl bewusst überwiegend auf deutschsprachige Beiträge. In der jüngsten Vergangenheit sind allerdings auch eine Vielzahl englischsprachiger Publikationen zum Themenfeld der ‚Interessenvermittlung in der EU‘ erschienen. Denjenigen Studierenden und Leserinnen und Lesern, die nach der Lektüre dieses Studienbriefs weiterrecherchieren und sich noch ausführlicher mit der Materie auseinandersetzen möchten, wollen wir daher schon vorab noch einige dieser Publikationen ans Herz legen. Eine vertiefte, z.T. organisationstheoretisch orientierte Auseinandersetzung mit Formen und Muster der Interessenvermittlung in der EU findet sich in den Beiträgen zum Sonderheft ‚The Politics of Organised Interests in Europe: Lessons from EU Studies and Comparative Politics‘ (6/2008) der West European Politics, einen tieferen Einblick in die theoretische Erklärung von Lobbying (im europäisch-US-amerikanischen Vergleich) sowie die Strategien ausgewählter Lobby-Akteure gewährt die Ausgabe 3/2007 des Journal of European Public Policy und schließlich sei hier noch auf den 2009 erschienen Überblicksband ‚Learning to Lobby the European Union: 20 Years of Change‘

von David Coen und Jeremy Richardson hingewiesen. Mit diesem Studienbrief möchten wir zum Weiterlesen und -forschen über die Interessenvermittlung in der EU anregen.

Hagen, 20. Juli 2011

Renate Reiter, Annette E. Töller

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	3
1.	Interessenvermittlung im EU Mehrebenensystem: Theoretisch-konzeptionelle Einordnung	
	Irina Michalowitz (2007): Theorien europäischer Interessenvermittlung	10
	Rainer Eising (2004): Der Zugang von Interessengruppen zu den Organen der Europäischen Union: eine organisationstheoretische Analyse	26
2.	Interessengruppen als Akteure im politischen Entscheidungssystem der EU	
	Dieter Wolf (2005): „Nicht Input, sondern Output, nicht Supply-Side, sondern Demand-Side“: Zur Veränderung der Einflusslogik in der Europäischen Union	51
2.1	Adressaten der Interessenvermittlung	
	Pieter Bouwen (2009): The EU Kommission	61
	Pieter Bouwen (2005): Zugangslogik in der Europäischen Union: Der Fall des Europäischen Parlaments	82
2.2	Akteure des EU-Lobbying	
	<i>Wirtschaftsverbände</i>	
	Werner Bühner (2010): Die Europapolitik der deutschen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände	98
	<i>Nichtregierungsorganisationen</i>	
	Christiane Frantz und Kerstin Martens (2006): NOGs im Mehrebenensystem der Europäischen Union	124
	<i>Gebietskörperschaften</i>	
	Claudia Münch (2006): Optionen der kommunalen Interessenvertretung	142
3.	Lobbyisten, Interessenvermittler, ...Repräsentanten? Interessengruppen und Demokratie	
	Sabine Saurugger (2008) Interest Groups and Democracy in the European Union	156
	Kohler-Koch, Beate (2010): Zivilgesellschaftliche Partizipation: Zugewinn an Demokratie oder Pluralisierung der europäischen Lobby?	175

4.	Interessenvermittlung in Politikfeldern	
4.1	Umweltpolitik Irina Michalowitz (2007): Europäische Umweltpolitik	192
4.2	Arbeits- und industrielle Beziehungen Armin Schäfer und Wolfgang Streeck (2008): Korporatismus in der Europäischen Union	201
4.3	Sozialpolitik Simone Leiber (2009): Europäisierung sozialpolitischer Interessenvermittlung: Erosion oder Aufwertung korporatistischer Strukturen der Mitgliedstaaten	239

Literaturverzeichnis:

Bouwen, Pieter (2005): Zugangslogik in der Europäischen Union: Der Fall des Europäischen Parlaments. In: Eising, Rainer/Kohler-Koch, Beate (Hg.): Interessenpolitik in Europa. Baden-Baden: Nomos, 95-122.

Bouwen, Pieter (2009): The European Commission. In: Coen, David/ Richardson, Jeremy (Eds.): Lobbying the European Union: Institutions, Actors and Issues. Oxford: Oxford University Press, 19-38.

Bührer, Werner (2010): Die Europapolitik der deutschen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände. In: Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 457-482.

Eising, Rainer (2004): Der Zugang von Interessengruppen zu den Organen der Europäischen Union: eine organisationstheoretische Analyse. Politische Vierteljahresschrift Vol. 45, Heft 4, 494-518.

Frantz, Christiane/Martens, Kerstin (2006): NOGs im Mehrebenensystem der Europäischen Union. In: Dies.: Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 107-122.

Kohler-Koch, Beate (2010): Zivilgesellschaftliche Partizipation: Zugewinn an Demokratie oder Pluralisierung der europäischen Lobby? In: Kohler-Koch, Beate/Quittkat, Christine/Altides, Christina/Buth, Vanessa/Fischer, Andrea: Die Entzauberung partizipativer Demokratie - Zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Demokratisierung von EU-Governance. Frankfurt a.M./New York: Campus, 242-271.

Leiber, Simone (2009): Europäisierung sozialpolitischer Interessenvermittlung: Erosion oder Aufwertung korporatistischer Strukturen der Mitgliedstaaten. In: Rehder, Britta/Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 248-266.

Michalowitz, Irina (2007): Theorien europäischer Interessenvermittlung. In: Dies.: Lobbying in der EU. Wien: Facultas (UTB), 25-50.

Michalowitz, Irina (2007): Europäische Umweltpolitik. In: Dies.: Lobbying in der EU. Wien: Facultas (UTB), 129-139.

Münch, Claudia (2006): Optionen der kommunalen Interessenvertretung. In: Alemann, Ulrich von/Münch, Claudia (Hg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 356-382.

Saurugger, Sabine (2008): Interest Groups and Democracy in the European Union. West European Politics, Vol. 31, No. 6 (Special Issue on "The Politics of

Organised Interests in Europe: Lessons from EU Studies and Comparative Politics”), 1274-1291.

Schäfer, Armin/Streeck, Wolfgang (2008): Korporatismus in der Europäischen Union, in: Höpner, Martin/Schäfer, Armin (Hg.): Die Politische Ökonomie der europäischen Integration. Frankfurt/New York: Campus, 203-240.

Wolf, Dieter (2005): „Nicht Input, sondern Output, nicht Supply-Side, sondern Demand-Side“: Zur Veränderung der Einflusslogik in der Europäischen Union. In: In: Eising, Rainer/Kohler-Koch, Beate (Hg.): Interessenpolitik in Europa. Baden-Baden: Nomos, 79-94.